

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/28

Bonn, den 8. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Deutsche Verpflichtung</u> Nach der Debatte im Bundestag	48
2 - 3	<u>Moderner Verbraucherschutz</u> An den Grenzen nicht haltmachen Von Käte Strobel, MdB	102
4	<u>Die Glosse:</u> <u>De Gaulle und das Deutsche Grundgesetz</u> Gleichklang der Seelen	36
5	<u>Neue Ziele der Entwicklungshilfe</u> Überstürztes Tempo der Industrialisierung ungesund	39
6	<u>Wahltag in Tuléar - Madagaskar</u> Demokratisches Leben fern der Bundesrepublik Von Horst Heidermann	48

Chefredakteur Günter Markscheffel

Deutsche Verpflichtung

so - Nun kommt es darauf an, den Versicherungen, die im Zusammenhang mit der Debatte über die Regierungserklärung von den Sprechern aller Parteien abgegeben wurden, Inhalt und Wirksamkeit zu geben. Nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, auch, und besonders unsere westlichen Verbündeten haben mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit diese Debatte im Bundestag verfolgt, sollte sie doch Aufschluß geben über den Weg, den die deutsche Politik nach dem Fiasko in Brüssel einzuschlagen gedenkt.

Hier gilt es mit Genugtuung zu registrieren: es besteht eine einheitliche Auffassung darüber, daß das zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbarte Abkommen kein Hindernis sein darf für den weiteren, von allen gewünschten Aufbau eines nichtkommunistischen Europa. Alle Sprecher waren sich der Notwendigkeit bewußt, das Gewicht der Bundesrepublik in Richtung einer Überwindung der in Brüssel sichtbar gewordenen Gegensätze zwischen Frankreich und Großbritannien zur Geltung zu bringen. Es gab keinen, der den Scherbenhaufen, den de Gaulle angerichtet hat, zu bagatellisieren versuchte, und es gab auch keinen unter den Sprechern der Koalition, in Pariser Abkommen so etwas wie einen Blankoscheck für Frankreich zu sehen. Der Bundeskanzler selbst gab sein Wort, daß er nach der Ratifizierung des Pariser Abkommens als wichtigsten Punkt den Beitritt Großbritanniens zur EWG auf die Tagesordnung der vorgesehenen französisch-deutschen Konsultation setzen werde - im lebenswichtigen Interesse der Bundesrepublik und Berlins.

Nun bedarf das Pariser Abkommen einer gründlichen Überprüfung. Sie wird lange Zeit in Anspruch nehmen. Soll diese Zeit ungenützt bleiben? Warum mit deutscher Aktivität im Sinne einer Wiederbelebung des europäischen Einigungswerkes so lange warten? Fritz Erler zeigte in seiner blendenden Analyse eine Skala von Möglichkeiten auf, von Bonn aus gestaltend, anregend und fördernd in die Entwicklung einzugreifen. Da ist der von Brentano, dem Sprecher der CDU-Fraktion, willkommen genannte Gedanke, ähnliche Abkommen mit Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten der EWG abzuschließen - ein Gedanke, dessen Verwirklichung den Pariser Vereinbarungen den Charakter eines Sonderbündnisses zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nehmen würde. Es sollte auch keine Bedenken geben, innerhalb der Westeuropäischen Union, zu der Großbritannien gehört, eine Beseitigung des Brüsseler Trümmerhaufens zu versuchen, hier liegt der Boden für eine deutsche Initiative. Deutsche Bemühungen müßten auch in die Richtung zielen, den Charakter der EWG als einer weltoffenen Gemeinschaft zu bewahren; eine von vielen Seiten befürchtete Verstümmelung der EWG wäre ein verderbenbringendes Verhängnis, das zu verhindern im höchsten deutschen und europäischen Interesse liegt.

Die Politik der Bundesregierung ist durch die Verkettung nicht gewollter Umstände in ein Zwielicht geraten. Aus diesem muß sie heraus. Die Debatte über die Regierungserklärung, soweit sie das Kapitel Europapolitik betraf, ließ vor aller Welt offenbar werden, daß die deutsch-französische Freundschaft kein Ersatz für das Bündnis mit den USA ist und daß alle politischen Kräfte im Beitritt Großbritanniens zur EWG eine unabdingbare Voraussetzung für das Werden eines größeren Europa sehen. Nun gilt es, dieser Bekundung des Bundestages durch wohlabgewogene Initiativen der Regierung - und dies schon vor der Ratifizierung des Pariser Abkommens - für unsere besorgten Freunde überzeugenden Ausdruck zu verleihen.

Moderner Verbraucherschutz

Von Käte Strobel, MdB

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 21. Dezember 1958 ein strenges Lebensmittelgesetz, das den Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung und Täuschung weitgehend sicherstellt. In Rechtsverordnungen zu diesem Gesetz (sie werden erlassen vom Bundesgesundheitsminister mit Zustimmung des Bundesrates) wird in einzelnen Bestimmungen, welche Fremdstoffe (Farben, Konservierungsmittel usw.) in welchen Höchstmengen für die Behandlung welcher Lebensmittel Anwendung finden dürfen, Fremdstoffe und Behandlungsverfahren, die nicht ausdrücklich zugelassen werden, sind verboten. Ebenso ist verboten Lebensmittel so zu gewinnen, aufzubewahren, herzustellen, zuzubereiten, zu verpacken, zu befördern oder sonst so zu behandeln, daß ihr Genuß die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist. Nach § 21 dieses Gesetzentwurfes dürfen Lebensmittel, die nicht diesen Bestimmungen entsprechen, nicht in die Bundesrepublik eingeführt werden.

Lebensmittelrecht muß vereinheitlicht werden

Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmung, wenn sie streng durchgeführt würde, eine wesentliche Beschränkung des Einfuhrhandels mit Lebensmitteln bedeuten würde. Gewiß, ständige und große Lieferanten der Bundesrepublik, die speziell für den Export an uns herstellen, halten sich im allgemeinen an die Bestimmungen unseres Gesetzes. Aber mit dem zunehmenden Warenaustausch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Beispiel steht dieser Verbraucherschutz auf dem Papier - wenn nicht die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen vereinheitlicht (harmonisiert) werden. Gerade um die Weihnachtsfeiertage und die Jahreswende freuen sich größere Verbraucherkreise über den mit Lebens- und Genussmitteln aus den verschiedensten Teilen der Welt abwechslungsreich gedeckten Tisch. Nicht alle diese Waren sind von vornherein für den Export nach Deutschland hergestellt und entsprechen selbstverständlich oft den im Herstellungslande üblichen Verkehrsgewohnheiten und gebräuchlichen Herstellungsmethoden. Die Verbraucher sind nicht daran interessiert, daß die in der EWG abgebauten Handelsschranken (Zölle, Kontingente usw.) durch andere ersetzt werden (etwa künstlich übertriebene veterinär-polizeiliche Bestimmungen), aber sie möchten selbstverständlich auch keiner Gesundheitsgefährdung ausgesetzt sein.

Sachverständigenausschüsse

Um diesen berechtigten Verbraucherwünschen gerecht zu werden, sind auf europäischer und auf internationaler Ebene Bemühungen im Gange, das Lebensmittelrecht zu vereinheitlichen. Bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel sind Sachverständigenausschüsse gebildet worden aus Vertretern der sechs Regierungen, die Schritt für Schritt die Harmonisierung erarbeiten. Die EWG-Kommission selbst, bzw. ihre für diese Rechtsangleichung zuständigen Beamten, werden außerdem von hervorragenden Ernährungswissenschaftlern dabei beraten. Der Ministerrat der EWG-Kommission erläßt auf Vorschlag der Kommission Richtlinien für die Angleichung der nationalen Bestimmungen. Der Entwurf solcher Richtlinien wird vor der Entscheidung durch den Ministerrat dem Europäischen Parlament zur Konsultation zugeleitet. In den meisten Fällen hat die EWG-

Kommission, bevor sie die Richtlinie dem Ministerrat bzw. dem Parlament zuleitet, auch die beteiligten Wirtschaftskreise und die Verbrauchervertretung wie auch den Wirtschafts- und Sozialausschuß (beratendes Organ) gehört. Es sind also eine ganze Anzahl Filter, die ein solcher Entwurf durchläuft, bis er vom Ministerrat verabschiedet und dann im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht wird. Innerhalb eines Jahres nach der Notifizierung einer solchen Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten ihre Gesetzgebung entsprechend den Bestimmungen dieser Richtlinie ändern. Bis jetzt wurde als erste eine

Richtlinie über "Färbende Stoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen"

erlassen. Das Parlament hat außerdem passiert eine Richtlinie zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim Handelsverkehr mit frischem Fleisch". Zur Zeit liegt dem Parlament vor ein Entwurf zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen, es wird folgen ein Entwurf einer Richtlinie für die Verwendung von Konservierungstoffen usw. Im Europäischen Parlament werden diese Richtlinien im Ausschuß für Gesundheitsschutz und im Landwirtschaftsausschuß eingehend geprüft, der Vollversammlung darüber ein Bericht vorgelegt und Vorschläge für Änderungen, Annahme oder Ablehnung gemacht. Das Parlament hat als generellen Grundsatz für die Harmonisierung aller dieser Bestimmungen festgelegt: Es müssen die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde gelegt werden, es muß von der wirksamsten Gesetzgebung ausgegangen werden, die in den Ländern der Gemeinschaft im Interesse des Gesundheitsschutzes angewandt wird, um

- * den bestmöglichen Gesundheitsschutz der Bevölkerung
- * zu erzielen, die Verbraucher vor Täuschungen zu schützen und den Erfordernissen der Wirtschaft in den Grenzen des übergeordneten Gesundheitsschutzes gerecht zu werden.

Allerdings wird es noch einige Zeit dauern, bis für alle Behandlungsvorfahren und Verarbeitungsmethoden europäische Richtlinien erlassen sind. Die Regierungssachverständigen und die wissenschaftlichen Berater der EWG-Kommission arbeiten sehr angestrengt an der Angleichung. Aber sie müssen diese Tätigkeit ja neben ihrer Aufgabe in ihrem Beruf als Wissenschaftler oder als Beamter eines nationalen Ministeriums ausüben und ... sich einigen.

Insmerhin werden alle Richtlinien spätestens bei der Behandlung im Parlament durch den Bericht der Ausschüsse öffentlich bekannt bevor der Ministerrat sie endgültig erläßt, so daß jeder interessierte Bürger, die Verbraucher und natürlich auch die Ernährungswirtschaft, die Landwirte und vor allem die Wissenschaft, die Möglichkeit haben zu kontrollieren, zu raten, zu warnen, zuzustimmen.

So weit, so gut für die EWG. Aber wir treiben ja nicht nur mit den EWG-Ländern Handel.

Wie ist es mit den Einfuhren aus anderen Staaten ?

Man wird auf die Dauer um einen internationalen Mindestschutz der Verbraucher nicht herumkommen. Im Rahmen der Welt-Ernährungsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation ist man schon bemüht zu Vereinbarungen zu kommen, die als eine Art Weltcharta dann von allen Staaten zu ratifizieren wäre. Ein Anfang dafür könnte auch der Internationale Lebensmittelkodex sein, der zur Zeit erarbeitet wird. Auch hier brachte die Lebensmittelrechtsreform von 1958 für die Bundesrepublik einen Fortschritt. Im Artikel wurde bestimmt, daß eine Kommission zur Schaffung eines Lebensmittelbuches gebildet wird, die Beurteilungsmerkmale hinsichtlich der Zusammensetzung und der Eigenschaften von Lebensmitteln festzustellen hat. In Österreich existiert bereits ein solches Lebensmittelbuch. Grundlage eines internationalen Lebensmittelkodex werden diese nationalen Bestimmungen sein. - 4 -

8. Februar 1963

De Gaulle und das Deutsche Grundgesetz

Gleichklang der Seelen.

sp - Als Staatspräsident de Gaulle im vergangenen Jahr seinen Freund Adenauer bei einem Essen in Paris zuprostete, beschloß er den Trinkspruch mit der Bemerkung: "Ich wünsche und hoffe, Herr Bundeskanzler, daß Sie noch recht lange die Regierungsgeschäfte in Deutschland führen mögen." In seiner Erwiderung sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer, er wünsche seinem hochverehrten Gastgeber in Frankreich dasselbe.

* * *

An diese kleine Episode wird man bei der Lektüre einer Bemerkung des französischen Staatspräsidenten erinnert, der dieser Tage sagte, er finde das Grundgesetz der Bundesrepublik nicht gut; die Deutschen hätten nicht einmal die Möglichkeit, in Form eines Referendums die Politik zu bestimmen. Natürlich meinte de Gaulle damit die von ihm in Frankreich selbst veranlasste Verfassungsänderung, mit deren Hilfe der Präsident der Republik jetzt durch direkte Volksbefragung gewählt wird.

Sowirft man sich also die Bälle zu. Der alte Herr in Paris bedauert das "schlechte Grundgesetz", der alte Herr in Bonn verkündet in einem Interview des amerikanischen Fernsehens, das Datum für seinen Rücktritt sei an keinen bestimmten Tag gebunden und er wisse nicht, wer sein Nachfolger als deutscher Regierungschef sein werde!..

Abgesehen davon, daß es den derzeitigen Bundeskanzler nur bedingt etwas angeht, wer sein Nachfolger werden soll - darüber hat die Mehrheit des Bundestages zu befinden - ist der Zeitpunkt des Adenauer-Interviews für das amerikanische Fernsehen höchst interessant. Die Aufnahme wurde bereits im vergangenen Jahre gemacht, als Staatspräsident de Gaulle gerade mit Hilfe einer Volksbefragung nicht nur seine Position, sondern auch die seines Nachfolgers gefestigt hatte.

Als die Kollegen des amerikanischen Fernsehens den Bundeskanzler fragten, ob er nicht mit Rücksicht auf die Ereignisse, die zwischen der Aufnahme des Interviews und der Sendung liegen, den Text ändern wolle, hat er dies abgelehnt. Inzwischen war Herr Adenauer wieder einmal in Paris, konnte dort unter anderem auch erneut das reibungslose Funktionieren der französischen Präsidentschaftsdemokratie bewundern und dürfte sich wohl einen entsprechenden Vers für seine weitere politische Laufbahn gemacht haben.

Und aus diesem Grunde wird es wohl auch ganz zufällig sein, daß Freund de Gaulle jetzt unser Grundgesetz nicht gut findet ...

+ + +

Neue Ziele der Entwicklungshilfe

Überstürztes Tempo der Industrialisierung ungesund

sp - In Genf tagt zur Zeit eine wichtige Konferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungshilfe, deren Ergebnisse unter Umständen auf lange Sicht richtungweisend für die Hilfsmaßnahmen in den Entwicklungsländern werden können. Schon jetzt wurde festgestellt, daß es in fast allen Entwicklungsländern gleichartige und gemeinsame Probleme zu lösen gelte, bei denen nicht - wie bisher - die einzelnen Staaten miteinander in Konkurrenz treten dürften.

Wichtig ist auch der von dem Direktor der UNO-Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation, Sen, gegebene Hinweis, daß es nicht gut sei, wenn das Ziel der Entwicklungshilfe fast ausschließlich die Industrialisierung bleibe, die sich sogar zum Schaden einer entwicklungs-fähigen Landwirtschaft auswirke. Sen erinnerte daran, daß 75 Prozent der Bevölkerung in den meisten Entwicklungsländern in dieser oder jener Form in der Landwirtschaft tätig sind.

Bei den Vereinten Nationen und den für die Entwicklungshilfe verantwortlichen Stellen hat sich jetzt die Erkenntnis durchgesetzt, daß Tempo und Ausmaß vieler Industrialisierungsmaßnahmen in zahlreichen Entwicklungsländern zu einer unvorstellbaren Entwurzelung von Millionen Menschen führen können. Während man zu Beginn der Entwicklungshilfe-Periode in manchen Ländern glaubte, auf die Probleme der sich in Afrika, Asien oder Südamerika ergebenden gesellschaftlichen Strukturwandlungen nicht unbedingt Rücksicht nehmen zu müssen, zeichnet sich jetzt ein neues Bild der Entwicklungsaktivitäten des Westens ab.

Die amerikanische Delegation in Genf hat die Bildung eines Weltinstituts vorgeschlagen, dessen Aufgabe es sein soll, die wirtschaftlichen Probleme in einem "vereinten Angriff" ihrer Lösung näher zu bringen. Träger dieses Instituts sollen die Vereinten Nationen oder die Wissenschaftlichen Akademien der 87 Länder sein, die zu der Konferenz in Genf zusammengekommen sind. Führende Wissenschaftler, Wirtschaftler, Techniker und Verwaltungsleute aus der ganzen Welt sollen zur Mitarbeit herangezogen werden. Ein zentrales Thema der Aufgabenstellung eines solchen Organismus wäre auch die gewissenhafte Untersuchung der soziologischen Probleme, die sich in den einzelnen Entwicklungsländern stellen.

Ob es möglich sein wird, die jetzt in Genf erörterte großartige Idee bald in die Tat umzusetzen, ist noch ungewiss. Entscheidend bleibt jedoch die wachsende Erkenntnis, daß durch die bisher angewandten Methoden bei Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer durchaus nicht immer der gewünschte und erhoffte Effekt erzielt worden ist.

Wahltag in Tuléar-Madagaskar

Von Horst Heidermann

Heiß und unerbittlich brennt die Sonne an diesem Sonntag wie stets in den Monaten Januar und Februar auf das kleine Hafenstädtchen Tuléar im Südwesten Madagaskars. Die Brise, die vom Kanal von Mozambique herein weht, macht für den Europäer den Aufenthalt ein wenig leichter. - Wenn er jedoch heute abend oder am Nachmittag seinen gewohnten Pernod bestellt, wird ihm die Wirtin in dem einzigen Restaurant europäischen Zuschnitts sagen: "Bedaure, heute nicht! Am Wahltag ist der Ausschank von Alkohol verboten."

Seit sechs Uhr früh sind die Wahllokale geöffnet. Vier Gruppen bewerben sich um die 31 Sitze des Stadtparlaments. Die das Land regierende sozialdemokratische Partei, PSD, hofft auf einen Sieg, zumindest aber auf die relative Mehrheit. Bisher hatte sie nur sechs der 31 Sitze inne.

Seit Tagen läuft der Wahlkampf auf Hochtouren. Am Samstag vor der Wahl hat die PSD alle Mittel eingesetzt, die ihr zur Verfügung stehen. Drei Minister, darunter der Vizepräsident Tsiebo und der Generalsekretär der Partei, André Pesampa, sind nach Tuléar gekommen, um in Versammlungen, die in allen Stadtteilen organisiert wurden, noch einmal für die PSD zu werben.

Etwa 150 Personen mochten es sein, die zu der Versammlung von Vizepräsident Tsiebo in einem der ärmeren Vororte von Tuléar gekommen waren. Schulkinder begrüßten den Redner mit der Nationalhymne. Er sprach über die großen und kleinen Probleme des Landes und davon, daß die Sozialdemokraten von der Gleichwertigkeit aller Menschen und Völker ausgehen, daß Madagaskar bald eine neue Universität haben wird, die auch den ärmeren Landeskindern offen stehen soll. Er warnte vor der Wählerarbeit der Kommunisten und nannte die Länder, die unter kommunistischer Zwangsherrschaft stehen. Der Vizepräsident hob die ständig zunehmende Malgeschlechterung der Kader hervor. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Europäern ändere nichts daran, daß die PSD eine madogassische Partei sei. Am Schluß werden die Kandidaten vorgestellt. Unter Beifall hebt der Redner noch einmal den rot-grünen Wahlzettel der PSD in die Höhe.

Die PSD hat sich nicht allein auf die Wahlversammlungen verlassen. Ein großes Privathaus ist als Generalquartier für den Wahlkampf bereitgestellt worden. Etwa 20 jugendliche Helfer schreiben Wählerlisten ab und adressieren Briefe, die zur Wahlbeteiligung mahnen. Plakate sind in der Stadt geklebt worden und eine Wahlzeitung mit einer Auflage von 1000 Exemplaren wurde gedruckt.

Von den oppositionellen Gruppen ist wenig zu spüren; kritische oder mißbilligende Gesichter bei einigen Versammlungsteilnehmern, sonst nicht. Die oppositionellen Gruppen sind schlechter organisiert als die PSD. Sie verfügen über weniger Mittel. Dennoch ist der Sieg der PSD noch nicht gewiß. Vizepräsident Tsiebo sagt: "Man muß bis zum Schluß mit dem Schlimmsten rechnen!" - André Pesampa, der Generalsekretär der PSD, ist freilich optimistischer. Er meint, die PSD werde vielleicht die absolute Mehrheit erreichen. - Er hat Recht behalten. Die PSD erhielt 19 von 31 Sitzen.